Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 35 (2016)

Heft: 68

Artikel: Die Leuchttürme von Big Pharma : unternehmerische Stadtentwicklung am Beispiel Basel

Autor: Jost, Olivia / Schäppi, Hans

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-780969

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 24.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Olivia Jost/Hans Schäppi

Die Leuchttürme von Big Pharma

Unternehmerische Stadtentwicklung am Beispiel Basel

Basel ist eine attraktive Stadt der Forschung und der Kreativität. So jedenfalls stellt sich Basel in seinem Stadtmarketing vor. In der Tat sind in Basel heute die Forschung, Entwicklung und Verwaltung grosser Pharma- und Agrochemiekonzerne wie Novartis, F. Hoffmann-La Roche und Syngenta konzentriert. Die Produktion wurde an Standorte ausserhalb von Basel verlagert. In der Zeit der Hochkonjunktur von 1945 bis 1970 war das anders: Basel war eine Chemiestadt, geprägt von Fabriken mit Hochkaminen, einer FabrikarbeiterInnenschaft und den Villen der Fabrikherren, die stark mit dem «Daig», der traditionellen Basler Oberschicht, verbandelt waren. Auch waren die Chemiekonzerne noch mehrheitlich in den Händen der Schweizer Bourgeoisie. Mit Beginn der neoliberalen Ära begann sich auch die Stadt Basel zu wandeln: Die ChemiearbeiterInnen, die die Chemiestadt massgeblich prägten, sind mehrheitlich verschwunden. Geblieben sind jedoch die Chemiekonzerne, die bis heute die grössten privaten Arbeitgeber und wichtige Steuerzahler der Stadt sind (Simon 2000). Aus der Sicht der rot-grünen Regierung sind sie entscheidende Partner, denen in der Stadtentwicklung ein grosser Spielraum eingeräumt wird. Wir analysieren in unserem Beitrag das Verhältnis der Stadt zu den Chemiekonzernen, die beide als entscheidende Akteure der neoliberalen Ökonomisierung gesehen werden. Im ersten Teil stellen wir den Prozess der Neoliberalisierung der Städte in seinen Grundzügen dar. Im zweiten Teil wird die Neoliberalisierung an drei Beispielen konkretisiert: Die Umwandlung des St. Johann-Quartiers durch den Bau des Novartis-Campus, der Bau der Roche-Türme und die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III im Kanton Basel-Stadt. Abschliessend gehen wir der Frage nach, wie sich mit dem Wandel die Formen und Möglichkeiten von Widerstand verändert haben.

Was heisst neoliberale Ökonomisierung einer Stadt?

Seit den 1990er-Jahren hat die Integration des Weltmarkts eine neue Qualität erreicht, deren treibende Kraft die multinationalen Konzerne sind.

Weltweit schreitet die Konzentration voran, wie Übernahmeprozesse am Beispiel von Bayer und Monsanto sowie ChemChina und Syngenta in der Agrochemie zeigen; es bilden sich transnationale Innovations-, Produktions- und Vertriebsnetzwerke, und die Standortkonkurrenz verschärft sich (Fischer u. a. 2010). Rohstoffe werden vorwiegend im Globalen Süden abgebaut, arbeitsintensive Prozesse werden in Billiglohnländer verlagert. Die Kontrolle der Technologien durch Forschung und Entwicklung sowie die Aneignung der Profite erfolgen dagegen weiterhin in den kapitalistischen Zentren (Herzog u. a. 2013).

In der neoliberalen Stadtpolitik wird die Stadt als eine Einheit verstanden, die sich wie ein Unternehmen auf dem Weltmarkt des globalen Standortwettbewerbs behaupten und verkaufen muss. Um im Wettbewerb zu bestehen, soll eine Stadt unternehmerische Prinzipien zum Leitbild ihrer Verwaltung und Politik machen. Mit der Einführung von New Public Management (NPM) werden der Service public und die Stadtverwaltung nach marktwirtschaftlichen Kriterien rationalisiert und umgestaltet. Damit einher geht ein Staatsabbau durch Privatisierung, durch die Verschlankung der Stadtverwaltung und Steuersenkung. Weitere Elemente einer neoliberalen Stadtpolitik sind Public-Private-Partnerships (PPP), Subventionen und Steuervergünstigungen für Unternehmen sowie die Vermarktung der «weichen Standortfaktoren». Zu diesen zählen das City Branding, der Bau von «Leuchtturmprojekten» mit internationaler Ausstrahlung und von Konsumtempeln sowie Messen – in Basel etwa die Uhren- und Schmuckmesse Baselworld, Art Basel oder das Festival Tatoo. Kurz: Politik im Sinne von «Brot und Spiele» – und nicht Ausbau des Sozialstaats oder des sozialen Wohnungsbaus (Harvey 1989). Als Folge der neoliberalen Politik verstärken sich die Ungleichheiten zwischen Städten, Regionen und Nationen, das staatsbürgerliche Prinzip der Rechtsgleichheit bei der Versorgung mit staatlichen Dienstleistungen wird ausgehöhlt, Einkommens- und Vermögensunterschiede werden grösser und die städtische Demokratie verliert an Substanz (Gysin 2002).

Im Prozess der Neukomposition des multinationalen Kapitals, der durch Akquisitionen, Fusionen, Finanzmarktstrategien und eine aktive Standortpolitik gekennzeichnet ist, spielen Regionen wie Basel als Standorte eine wichtige Rolle, wie Analysen zu Global Cities zeigen (Sassen 2001; Zeller 2010): Hier konzentriert sich das Wissen und hoch qualifiziertes Personal findet optimale Bedingungen. Basel spielt zwar nicht in der ersten Liga der Global Cities wie etwa New York oder Toronto, doch die Grossregion Basel hat durchaus europäisches Gewicht. Mit den wirtschaftlich prosperierenden multinationalen Konzernen ist sie mit Bezug auf Arbeitsplätze, kulturelles Angebot, günstige Steuern und Staatsverschuldung eine «aufsteigende» Region. Bezeichnenderweise halten sich in der gut situierten Stadt die

politischen Konflikte in Grenzen. Wie andere Schweizer Städte, etwa Zürich und Bern, wird der Stadtkanton Basel seit 2004 von einer sozialdemokratisch-grünen Mehrheit in der Exekutive (Regierungsrat) regiert.

Die Durchsetzung neoliberaler Stadtpolitik in Basel

In der Schweiz setzte die Neoliberalisierung der Politik erst in der Rezession zu Beginn der 1990er-Jahre ein. 1991 wurden verschiedene «ordnungspolitische Programme» von neoliberaler Seite lanciert, so jenes der Konzernchefs Fritz Leutwiler (ABB), Alex Krauer (Ciba-Geigy) und weiterer (Leutwiler u. a. 1991). Es diktierte den Fahrplan für die neoliberale Umgestaltung der Schweiz (Schäppi 1991). Die Restrukturierung der Chemiekonzerne und ihrer Beschäftigung diente dafür als Kulisse. Noch im Juli 1990 erreichte die Beschäftigung in der Basler Chemie ihren höchsten Stand. Bereits 1991 schlug jedoch das Pendel nach der anderen Seite aus: Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs stieg in der Schweiz die offizielle Arbeitslosigkeit auf über 100 000 Personen. Die Basler Chemiemultis nutzten die Gunst der Stunde: Sie leiteten die Restrukturierung ihrer Konzerne ein und drohten damit, die Arbeitsplätze an andere, «gefügigere» Standorte zu verlagern. Am 30. November 1990 gab Ciba-Geigy einen Stellenabbau von zehn Prozent des Personals bekannt. 1991 verkündete Alex Krauer, der Verwaltungsratspräsident der Ciba-Geigy, dass das Biotechnikum, eine von Ciba-Geigy geplante Anlage zur biotechnischen Produktion, wegen der Einsprachen nicht im Kleinbasler Stadtteil Kleinhüningen, sondern jenseits der Grenze im französischen Huningue gebaut werde – ein deutlicher Wink. Am 7. März 1996 gaben Ciba-Geigy und Sandoz ihre Fusion zur Novartis bekannt – ein wirksamer Hebel zur Schwächung und Disziplinierung der Gewerkschaften. Kritik an den multinationalen Konzernen in Basel wurde nur noch hinter vorgehaltener Hand geäussert.

Gleichzeitig setzte sich in Basel eine neoliberale Stadtpolitik durch. Erste Projekte des New Public Management (NPM) wurden in der Verwaltung 1996 realisiert. 1998 forderte der rechtssozialdemokratische Regierungsrat Ralf Lewin ein neoliberales Stadtmarketing, welches zwei Jahre später eingeführt wurde: Aus dem Basel der «3 A» – der Arbeitslosen, Armen und Alten – sollte ein Basel der Forschung, der Kreativität und der Kultur werden, hauptsächlich repräsentiert durch die Universität, die multinationalen Konzerne und die internationalen (Kunst-)Messen. Die Stadt sollte eine hohe Lebensqualität bieten, vorwiegend für die Ober- und Mittelschicht und die einkommensstarken Expatriates der Pharma- und Agroindustrie. Die Basler Regierung formulierte diese Zielsetzungen in ihrem Politikplan 2002 bis 2005. Sie verfolgte eine aktive Politik der Privatisierung. Die dama-

lige Sanitätsdirektorin Veronica Schaller, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei (SP) und ehemalige Gewerkschaftssekretärin, leitete die Privatisierung der Zentralwäscherei Basel ein. Ende 2000 kam es zu einem Streik gegen Lohnsenkungen, welche die Privatisierung nach sich zog. Die Ereignisse trugen entscheidend zur Abwahl von Veronica Schaller aus dem Regierungsrat im Herbst 2000 bei.

Unter dem Eindruck des Streiks, von Schallers Abwahl und einer Volksabstimmung in Zürich 2001, welche die Privatisierung des städtischen Elektrizitätswerks ablehnte, agierte die Basler Regierung nun vorsichtiger. 2004 lehnte das Kantonsparlament, der Grosse Rat, die Einführung von NPM ab. Dies hinderte jedoch die Regierung nicht daran, ähnliche Managementmethoden auf dem Verwaltungsweg einzuführen. Ihre Taktik war, die Staatsbetriebe nicht direkt zu privatisieren, sondern vorerst aus der Staatsverwaltung auszugliedern, zu verselbständigen. So wurden die Betriebe der demokratischen Kontrolle entzogen.

2006 veröffentlichte das Wirtschaftsforschungsinstitut BAK Basel den von der Novartis mitfinanzierten Bericht «metrobasel 2020», eine Vision zur Zukunft der Stadt Basel (Metrobasel 2006; 2009). Die Stadt wird als Zentrum eines trinationalen Metropolitanraums und als weltweit bedeutendster Life-Science-Standort beschrieben. Die Regierung machte sich in der Folge viele der Grundzüge der Vision «metrobasel 2020» zu eigen, wie der Legislaturplan für die Jahre 2013–2017 zeigt: Er fordert die enge Zusammenarbeit mit den Unternehmen und einen tiefen Unternehmenssteuersatz, damit die Entwicklung zum Life-Science-Standort konsequent umgesetzt werden kann. Zudem sollen attraktive Flächen für Nutzungsintensivierungen der Life-Science gesichert werden (Regierungsrat Basel-Stadt 2013).

Der städtebauliche Pakt der Basler Regierung mit den Multis hat sich in der Stadtentwicklung materialisiert: Mit dem Novartis Campus und dem Roche-Turm wird die Verbindung Basels zur Pharmaindustrie auch architektonisch unübersehbar. Am Beispiel der Umgestaltung des St.-Johann-Quartiers durch den Novartis Campus, des Baus des Roche-Turms und der zukünftigen Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III wird nun gezeigt, wie sich die neoliberale Stadtpolitik und der städtebauliche Pakt in Basel konkretisieren.

Einschnitte ins urbane Leben: Novartis Campus

Seit 2003 baut Novartis im Werkareal St. Johann auf einer Fläche von zwanzig Hektar an einer geschlossenen Anlage mit urbaner Charakteristik. Der Novartis Campus ist Spiegel der globalen wirtschaftlichen Umstrukturie-

rungen: Novartis hatte die Produktion in Billiglohnländer ausgelagert, in Basel blieben einzig der repräsentative Firmensitz und das Forschungszentrum. Vittorio Magnago Lampugnani, verantwortlich für die städtebauliche Gesamtplanung des Novartis Campus, nennt diese Reorganisation eine «funktionale Umwidmung von einem Produktionsstandort zu einem Ort der Innovation, des Wissens und der Begegnung» (Magnago Lampugnani 2009, 58). Die hoch qualifizierten Arbeitskräfte sollen sich in einer neuartigen, zukunftsweisenden Arbeitswelt mit ergonomischen Arbeitsplätzen, Zonen zum Entspannen und Serviceangeboten wie Einkaufsmöglichkeiten oder Fitnesscenter wohlfühlen und so ihre kreative Produktivität steigern, wie der damalige CEO Daniel Vasella (2009) schrieb. Bis 2030 soll sich die Zahl der Angestellten auf rund 13 000 erhöhen. Die Investitionen summieren sich auf mehrere Milliarden Franken. Novartis lässt seinen Campus von international bekannten Stararchitekten wie den Baslern Herzog & de Meuron entwerfen (Konstantinidis 2012, 128f.).

Allerdings reichte das ursprünglich vorgesehene Firmenareal dem Management von Novartis nicht aus. Die Basler Regierung kam im Jahr 2005 dem Pharmamulti entgegen und verkaufte Novartis für lächerliche hundert Millionen Franken den Hafen St. Johann, der den Campus mit dem Rhein verbindet; sowie einen Teil einer öffentlichen Strasse, die den Campus in zwei Teile zerschnitten hätte (Regierungsrat Basel-Stadt 2005, 14f.). Dieses Geschäft ging im Grossen Rat nahezu reibungslos über die Bühne. Einziger Streitpunkt war die Frage nach dem geeigneten Standort für die ausgelagerten Hafenanlagen. Der Regierungsrat schlug zuerst eine Konzentration am unteren Klybeckquai vor. Im kantonalen Baudepartement formierte sich Widerstand dagegen, und der Architekt Jacques Herzog forderte bereits 2002: «Basel – der Hafen muss weg!» Im Baudepartement entstand die Vision eines neuen Stadtteilteils im Hafenareal am unteren Klybeckquai, eine Vision, die 2011 zu erneuten Konflikten führen sollte (siehe unten). Schliesslich musste sich die Hafenlobby geschlagen geben und der Grosse Rat gab der Regierung den Auftrag, nach anderen Standorten für den Hafen zu suchen (Josephy 2006, 195; Bossert/Bürgin 2014, 238).

Aufschlussreich ist hier die Geschichte des an den Novartis Campus angrenzenden Rheinuferwegs «Undine», der im Frühjahr 2016 der Öffentlichkeit übergeben wurde. Das aufwendig gestaltete und teure Wegstück passt zum «attraktiven» Novartis Campus (Weiss 2015, 112) und ist, so der ehemalige Regierungsrat Ralph Lewin, eine Entschädigung, welche die Regierung Novartis als Kompensation für die Landabtretungen abgerungen hat (Regionaljournal Basel, Schweizer Radio und Fernsehen, 22.4.2016). Laut Urs Müller, ehemaliger Grossrat der linksgrünen Partei BastA!, hat in Wirklichkeit die Regierung es verpasst, beim Deal mit Novartis das wohnungspolitisch wichtige Schorenareal kostenlos zu erhalten (Gespräch mit Urs Müller, 15.7.2016).

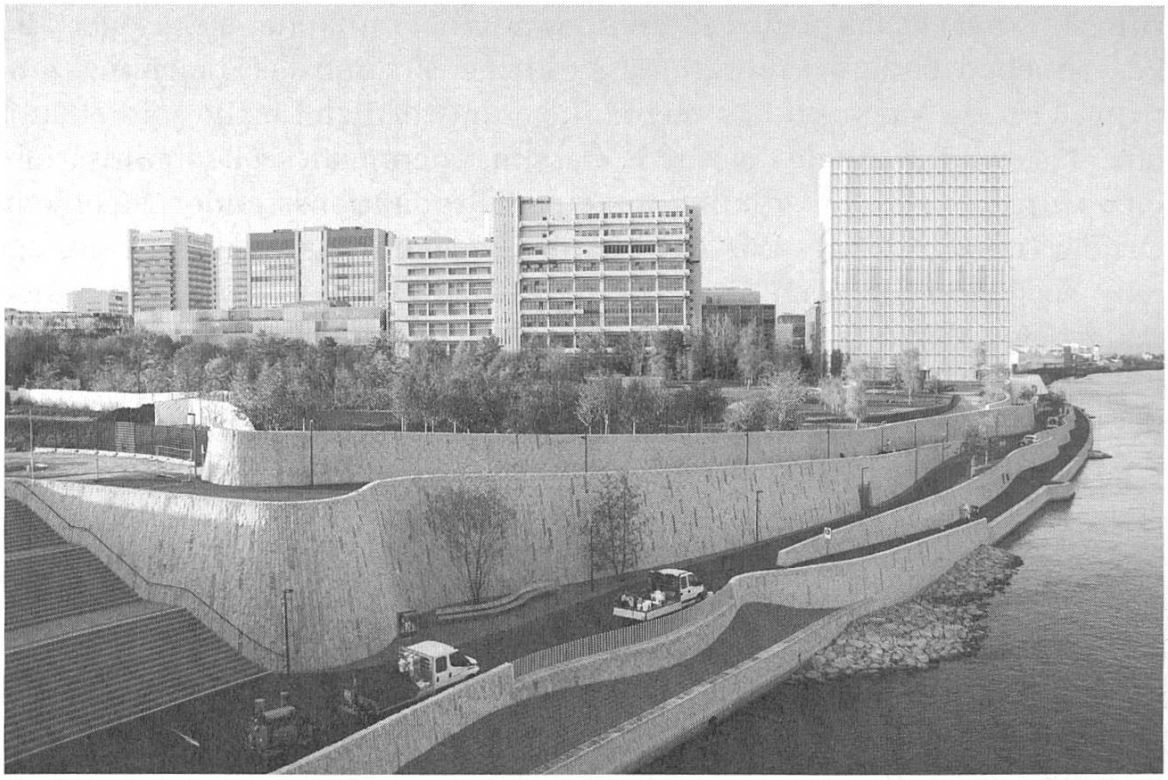


Foto: Widerspruch / Jonas Aebi

Basel zwischen den Konzernzentralen: Im Westen der Novartis Campus mit dem Rheinuferweg Undine ...

Mit der Privatisierung des Werkareals St. Johann hat Novartis nun ihren Hauptsitz in einer abgeriegelten Stadt in der Stadt. Der Pharmamulti grenzt mit privaten Sicherheitsdiensten störende Elemente räumlich aus und bestimmt so den Aufenthaltszweck von Personen, die den Campus betreten (Majchrzak 2007, 196). Zugleich nimmt Novartis Einfluss auf das umliegende Quartier St. Johann. Hier soll die künftige Gesellschaft entstehen, sollen kreative Produktivität und Wohlbefinden gedeihen und wirtschaftliches Wachstum stattfinden. Nach diesen Leitideen haben die kantonalen StadtplanerInnen die Veränderung des Quartiers St. Johann eingeleitet (Haab u. a. 2013). Unter dem Motto «integrale Reurbanisierung» wurde das alte ArbeiterInnenquartier zusammen mit privaten Akteuren nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen umgestaltet. Dies visualisiert das Stadtentwicklungsprogramm «Pro Volta» in der Umgebung des Volta-Platzes. Der Güterbahnhof St. Johann wurde zu einem Begegnungszentrum mit Ateliers für das Kreativgewerbe umgebaut, und in den Neubauten VoltaWest und VoltaMitte befinden sich luxuriöse Wohnungen (Haab u. a. 2013, 264f.). Die Aufwertung von St. Johann führt zur Verdrängung der ansässigen Bevölkerung, weil sich die einkommensschwächeren Bewohnerinnen und Bewohner die Mieten nicht mehr leisten können (Hangarter 2007). Dies betrifft insbesondere niedrigqualifizierte ausländische BewohnerInnen, die zudem stadtpolitisch kaum Mitspracherechte haben (Bossert 2014, 189f.). Und es trifft

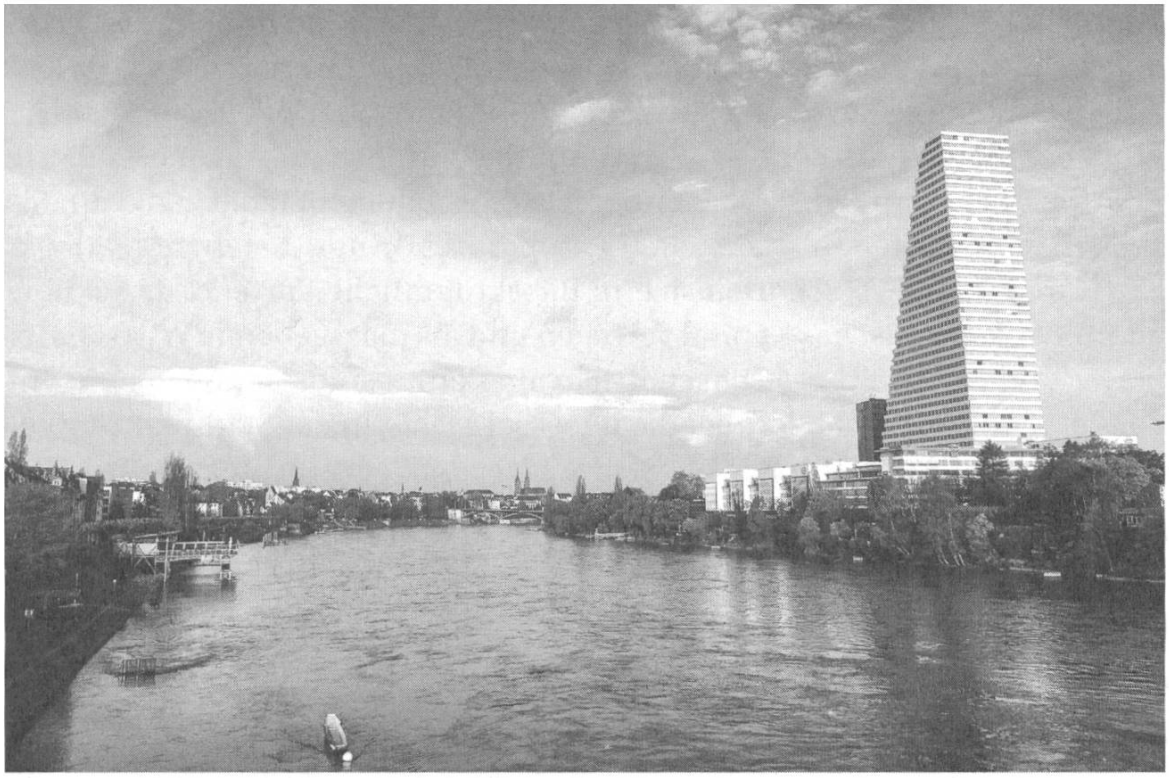


Foto: Christian Allinger. CC BY 2.0. Bearbeite Version.

... im Osten der Roche-Turm Bau 1.

generell die unteren Einkommensklassen, welche die Stadt am Leben erhalten mit notwendigen, aber schlecht bezahlten Arbeiten wie Kochen, Putzen, Verkauf oder Transport.

Leuchttürme visualisieren Macht: der Roche-Turm

Wenige Kilometer rheinaufwärts steht der Roche-Turm Bau 1 im Wettsteinquartier. Er hat, ganz im Zeichen des Standortwettbewerbs, den Zürcher Prime Tower als höchstes Hochhaus der Schweiz vom Podest gestossen. Er ist mit seinen 178 Meter Höhe vom ganzen Stadtgebiet aus zu sehen, der Pharmakonzern F. Hoffmann-La Roche dominiert auch optisch. Die Entwürfe des bisher ambitioniertesten Bauprojektes des Konzerns, das mehr als 550 Millionen Franken kostete, zeichneten wiederum die Architekten Herzog & de Meuron. Das 2015 offiziell eröffnete Gebäude bietet auf einer Nutzfläche von 76 000 Quadratmetern auf einundvierzig Stockwerken Platz für etwa zweitausend Arbeitsplätze (Richter 2014, 115).

Für den Bau des Roche-Turms musste der städtische Zonenplan geändert werden, und der Regierungsrat musste in aller Eile einen neuen Bebauungsplan verabschieden (Konstantinidis 2012, 129). Damit wurde eine öffentliche Debatte unterbunden. Roche hat so im Wettsteinquartier

bauliche Fakten geschaffen und plant bereits einen noch höheren Turm, Bau 2; das Baugesuch ist im Oktober 2016 eingereicht worden.

Die Bauten stellen wirtschaftliche Dominanz, aber auch die Aushebelung der demokratischen Mitbestimmung zur Schau – gemäss Pierre Bourdieu präsentieren sie Macht par excellence (nach Etzold 2011, 216). Sie zeigen, wie Macht den städtischen Raum durchdringt (Lefèbvre 1973). Novartis und Roche verschaffen sich in Basel räumliche Vorteile, da sie über enormes ökonomisches Kapital verfügen und als massgebende Wirtschaftsplayer und Arbeitgeber gesellschaftlich anerkannt sind. Dennoch erstaunt, dass eine rot-grüne Regierung, die über viel Macht in der Stadtplanung verfügt, die Multis gewähren lässt. Sie ist gesetzlich verpflichtet, die Bevölkerung partizipativ in die Stadtentwicklung einzubeziehen (Bossert 2014, 185). Im Jahr 2012 wurden deshalb «Begleitgruppen» eingeführt, die bei grossen Bauprojekten den Dialog zwischen den Bewohnenden und dem Bau- und Verkehrsdepartement fördern sollen. Doch treten viele Quartierbewohnerinnen und -bewohner enttäuscht aus den Begleitgruppen aus, weil die städtebaulichen Konzepte in den Partizipationsverfahren nicht grundsätzlich hinterfragt werden können (Bürgin 2015, 128ff.). In Lucius Burckhardts Worten: «Wer Sachzwänge schaffen kann, der befreit sich vom Zwang des politischen Drucks und lenkt damit die städtische Baupolitik.» (Burckhardt 2004, 48, zit. nach Bossert 2014, 179)

Steuerdumping im Interesse der Konzerne: Unternehmenssteuerreform III in Basel

Auf Druck der EU und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OECD) muss sich die Schweiz von ihrer aggressiven Steuerdumping-Politik verabschieden. Steuerprivilegien für bestimmte Gesellschaften – etwa Holdinggesellschaften mit Sitz in der Schweiz, die ihre im Ausland erwirtschafteten Gewinne viel tiefer versteuern können – müssen abgeschafft werden. Von diesem Privileg profitieren bisher etwa 24 000 Firmen, unter ihnen die grossen Basler Chemiekonzerne. Mit der Unternehmenssteuerrefom III (USR III) will der Bundesrat den Wegfall der Privilegien und damit die Gefahr des Wegzugs von Firmen nun dadurch wettmachen, dass er neue, für alle Unternehmen geltende steuerliche Vorteile schafft.

Die USR III wird im Wesentlichen von den Kantonen umgesetzt. Die Basler Finanzministerin Eva Herzog (SP) hat Anfang September 2016 an einer Medienorientierung ihre Pläne zur Umsetzung bekannt gemacht (NZZ vom 7.9.2016). Während heute der ordentliche Gewinnsteuersatz in Basel 22 Prozent beträgt, liegt der effektive Satz, die privilegierten Unternehmen

eingerechnet, bei geschätzten 12 Prozent, also rund 10 Prozent tiefer. Er ist damit tiefer als der schweizerische Durchschnitt, der für ordentliche Gewinnsteuern bei 17,8 Prozent und effektiv bei geschätzten 14,9 Prozent liegt. Die privilegierten Firmen bezahlen heute nach Eva Herzog etwa 500 Millionen Franken Steuern, was 61 Prozent der insgesamt über 800 Millionen Franken betragenden Gewinn- und Kapitalsteuern ausmache. Diese wiederum würden etwa 15 Prozent der gesamten Steuereinnahmen des Kantons betragen (*Tageswoche* vom 3.3.2016). Von den Chemiemultis stammen etwa 420 Millionen.

Mit der Abschaffung der privilegierten Besteuerung durch die USR III würde der Steuersatz für die Chemiemultis also auf 22 Prozent erhöht werden. Die wichtigste Massnahme im Paket von Eva Herzog zur Umsetzung der USR III ist deshalb die Senkung des ordentlichen Gewinnsteuersatzes von 22 auf 13 Prozent (NZZ vom 9.9.2016). Damit würde der Satz tiefer liegen, als er in den Kantonen Waadt (13,8 Prozent), Freiburg (13,7 Prozent), Genf (13,5 Prozent) oder gar in Zürich (18,3 Prozent) vorgesehen ist. Zudem will die Finanzministerin weitere in der USR III vorgesehene Instrumente einsetzen: Mithilfe der sogenannten Patentboxen, für welche sich Eva Herzog im Nationalrat starkgemacht hat, und des Eigenkapitalabzugs kann der Steuersatz für die Chemiekonzerne auf dem bisherigen Niveau von geschätzten 10 bis 11 Prozent gehalten werden, während er für bisher privilegierte Firmen ohne Forschungs- und Entwicklungsausgaben leicht ansteigen könnte. Die Patentbox ist ein auch in anderen Ländern eingesetztes steuerliches Instrument, mit dem die Erträge aus geistigem Eigentum, d. h. aus Patenten, tiefer besteuert werden können. Der Eigenkapitalabzug ist die vom Parlament beschlossene (skandalöse) Möglichkeit, fiktive Zinsen auf dem Eigenkapital als Kosten geltend zu machen.

Doch auch für die natürlichen Personen sieht Eva Herzog ein «Zückerchen» (so die NZZ) vor: Die Sozialabzüge bei der Einkommenssteuer, die Kinder- und Ausbildungszulagen sowie die Mittel für die Subventionierung von Krankenkassenprämien sollen erhöht werden. Da Basel einen hohen Anteil privilegierter Firmen und einen vergleichsweise geringen Anteil an Firmen mit ordentlichem Steuersatz hat, könnte nach der Rechnung der Regierung aus diesen Massnahmen ein Defizit von ca. 140 Millionen resultieren, was etwa dem für 2017 vorgesehenen Budgetüberschuss entspricht. Mit dieser Umsetzung der USR III würde in Basel der Steuersatz für natürliche Personen über dem schweizerischen Durchschnitt, der Gewinnsteuersatz für Unternehmen jedoch darunter liegen. Basel ist also gewillt, den kantonalen Steuerdumping- und Standortwettbewerb weiter anzuheizen, nur um ihre Vision eines Life-Science-Cluster in der Region durchzusetzen.

Der Widerstand gegen die Multis muss noch wachsen

Das Verhältnis Basels zu seinen multinationalen Konzernen ist von Ambivalenz geprägt. Einerseits gibt es in Basel die genossenschaftliche Tradition des «roten Basels» und des erfolgreichen Kampfs des «grünen Basels» gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst. Andererseits sind die Multis gute Steuerzahler und bieten Arbeitsplätze für hoch qualifiziertes, überdurchschnittlich bezahltes Personal. Das Verhältnis der Regierung des Kantons Basel-Stadt zur Basler Chemie ist seit jeher unkritisch. In der Hochkonjunktur von 1945 bis 1970 expandierten die Chemiekonzerne stark, sie waren zu einem grossen Teil für den wirtschaftlichen Aufschwung der Region verantwortlich. Worauf dieser basierte, interessierte damals kaum jemanden. Das änderte in den 1970er-Jahren, als in der Öffentlichkeit die 68er-Bewegung an Einfluss gewann. 1975 verhinderte eine breite Bewegung den Bau des Atomkraftwerks Kaiseraugst vor den Toren der Stadt. Die Aktivistinnen und Aktivisten prangerten die Übermacht der Konzerne in Basel zum ersten Mal öffentlich an. Kritisiert wurden aber auch die Konzernpolitik im Globalen Süden und die von der Chemieproduktion verursachten Umweltprobleme. Die 1970er- und 1980er-Jahre waren zudem eine gewerkschaftlich turbulente Zeit: So demonstrierten im Dezember 1983 auf dem Basler Marktplatz ca. 10 000 ChemiearbeiterInnen gegen die Abschaffung des automatischen Teuerungsausgleichs im Gesamtarbeitsvertrag für die chemische Industrie.

Ihren Höhepunkt erreichte die Kritik an der Chemieindustrie nach der Brandkatastrophe vom 1. November 1986 in Schweizerhalle bei Basel, die zu einer massiven Verschmutzung des Rheins und zu einem Fischsterben bis hinunter nach Rotterdam führte. Trotz der Beschwichtigungsversuche der Basler Regierung entstanden heftige Kontroversen über die Produktionssicherheit, über die Entsorgung der Chemieabfälle und über die in der Pharma- und Agroindustrie forcierte Bio- und Gentechnologie.

In der Rezession der Jahre 1991 bis 1994, in der die Basler Chemie erstmals Arbeitsplätze abbaute, verstummte die Kritik allmählich. Zum einen war der Stellenabbau eine Bedrohung, zum anderen wurde die Produktion nach der Brandkatastrophe von Schweizerhalle mitsamt der damit verbundenen Sicherheits- und Umweltprobleme an andere Standorte ausgelagert. Basel entwickelte sich zum «sauberen» Forschungs- und Verwaltungszentrum, das die globale Profitmaximierung steuert. Auch hat die neoliberale Restrukturierung der Chemiekonzerne die Gewerkschaft in Atem gehalten und geschwächt. Sie hat erstens die Zusammensetzung der Belegschaften in den Chemiekonzernen verändert: In den Konzernzentralen arbeiten beinahe nur noch unorganisierte Angestellte mit privilegierten Arbeitsbedingungen. Damit konnte die vormals starke Macht der Gewerkschaften in der Chemie gebrochen werden. Zweitens ist die institutionelle Linke seit mehr als zehn Jahren Teil der Regierung und sorgt dafür, dass mindestens

ein Teil der Bewohnerinnen und Bewohner von den Steuern der Multis profitieren kann. So tief die Steuersätze im Stadtkanton auch sind, seine Einnahmen sind immer noch gross genug, um Sozialleistungen, Krippenplätze oder kulturelle Programme finanzieren zu können.

Der Widerstand ist im Vergleich zu den 1970er- und 1980er-Jahren stärker individualisiert und heterogener geworden. Opposition ist heute insbesondere in den Quartieren spürbar, die Brennpunkte der Stadtentwicklung sind. Zuletzt erregte «Rheinhattan», offiziell «Entwicklungsvision 3Land» (MVRDV u. a. 2011), die Gemüter: Auf den brachliegenden Hafenarealen am Klybeckquai soll die Vision einer Insel von Edelwohnhochhäusern verwirklicht werden. In den Quartieren Klybeck und Kleinhüningen, die beide an das Entwicklungsgebiet angrenzen, formierte sich Widerstand gegen das Projekt. Die Ohnmacht, nicht an der Veränderung des eigenen Raums teilhaben zu können, hat dazu geführt, dass viele Quartierbewohnerinnen und -bewohner sich in verschiedenen Komitees gegen die Hafenentwicklung einsetzen (Bürgin 2015, 91ff.). Kritik gegenüber der neoliberalen Stadtpolitik und der Machtposition der Multis übte vor allem die Gruppe «Rheinhattan versenken», die im Projekt das Sinnbild einer auf Profit und Machterhaltung ausgerichteten Gesellschaftsordnung sieht.

In Basel befinden wir uns in einer privilegierten Situation, weil sich hier Forschung, Entwicklung und Verwaltung der Konzerne konzentrieren. Da jedoch die weltweit erarbeiteten Profite der Konzerne Auswirkungen auf unsere Nachbarschaft haben und grosse Probleme im Globalen Süden anfallen, ist Widerstand in Basel wichtiger denn je. Damit dieser an Kraft gewinnen kann, müssen sich zum einen die oppositionellen Kräfte in der Stadt wieder finden. Es braucht dringend Alternativen für eine Stadtentwicklung, die sich an den Bedürfnissen aller Bewohnerinnen und Bewohner orientiert. Zum anderen muss die internationale Solidarität erneuert werden. Im Süden setzen sich soziale Bewegungen der Bauern, Indigenen, Frauen und Gewerkschaften gegen die Enteignung von Land, Wasser und anderen Ressourcen durch die multinationalen Konzerne zur Wehr. Die Herausforderung besteht darin, diese Kämpfe mit den Kämpfen gegen dieselben Konzerne in unseren Städten zu verbinden.

Ein Schritt in diese Richtung gelang MultiWatch, der Basler Regionalgruppe der Corpwatching-Organisation, als sie den Agrochemiekonzern Syngenta in die Zange nahm. Der grüne Regierungspräsident Guy Morin hatte den Konzern als wichtigsten Sponsor für den Basler Auftritt an der Expo in Mailand 2015 gewählt, die unter dem Motto «Den Planeten ernähren – Energie für das Leben» stand. Im April 2016 organisierte MultiWatch den gut besuchten zweitägigen Kongress «Gegen die unheilige Allianz von Basel und Syngenta». Die Gruppe lud dazu Delegationen aus Ländern des Südens ein, die von der Politik Syngentas betroffen sind. Zudem organisierte

sie Auftritte an der Aktionärsversammlung von Syngenta sowie 2015 und 2016 den «Marsch gegen Monsanto und Syngenta». 2016 publizierte Multi-Watch ein Schwarzbuch zu Syngenta. Zwar ist Syngenta den im Schwarzbuch erhobenen Forderungen bis heute nicht nachgekommen. Aber die Konzerne reagieren trotz ihrer Machtentfaltung in der neoliberalen Ära empfindlich auf Kritik. Widerstand kann etwas bewegen – hier in Basel und im Globalen Süden.

Literatur

Bossert, Markus, 2014: Macht in der Stadtplanung. In: Mäder, Ueli u. a. (Hg.): Raum und Macht. Die Stadt zwischen Vision und Wirklichkeit. Leben und Wirken von Lucius und Annemarie Burckhardt. Zürich, 175–191

Bossert, Markus/Bürgin, Reto, 2014: Wer entscheidet über die Klybeckinsel? In: Mäder, Ueli u. a. (Hg.): Raum und Macht. Die Stadt zwischen Vision und Wirklichkeit. Leben und Wirken von Lucius und Annemarie Burckhardt. Zürich, 235–257

Burckhardt, Lucius, 2004: Wer plant die Planung? Architektur, Politik und Mensch. Herausgegeben von Jesko Fezer und Martin Schmidt. Berlin

Bürgin, Reto, 2015: Widerstand gegen «Rheinhattan». In: Ders./Schoch, Aline/Sutter, Peter/Schmassmann, Hector/Mäder, Ueli: Urbane Widerständigkeit am Beispiel des Basler Rheinhafen Areals. Basel, 89–145

Etzold, Benjamin, 2011: Die umkämpfte Stadt. In: Holm, Andrej/Gebhardt Dirk (Hg.): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Hamburg, 187-220

Fischer, Karin/Reiner, Christian/Staritz, Cornelia (Hg.), 2010: Globale Güterketten. Weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung. Wien

Gysin, Remo, 2002: Neoliberale Privatisierungsreformen gefährden den öffentlichen Auftrag. In: Gobet, Pierre/Spörndli, Ruedi (Hg.): Spital AG? Deregulierung, Privatisierung, Ausgliederung. Zürich

Gysin, Remo, 2016: Psychiatriereform im Kanton Basel-Stadt. In: Sozialdemokratische Partei Basel-Stadt (Hg.): 125 Jahre Basler Sozialdemokratie. Ein Lesebuch. Basel, 186–191

Haab, Dominique/Luterbach, Matthias/Heimann, Hans-Georg, 2013: Stadtentwicklung Basel Nord – «Near the Campus». In: Drilling, Matthias/Oehler, Patrick (Hg.): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderung. Wiesbaden, 261–268

Hangarter, Gabi, 2007: Urbanes Trendquartier oder gespaltener Sozialraum? Szenarien möglicher Auswirkungen des Novartis Campus auf das Basler St. Johann Quartier als Sozialraum. Neu-Ulm

Harvey, David, 1989: From Managerialism to Enterpreneurialism: The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism. In: Geografiska Annaler, 71/1, 3–17

Herzog, Roland/Schäppi, Hans/Sekinger, Urs, 2013: Erwerbsarbeit im Kontext der Globalisierung. In: Gurny, Ruth/Tecklenburg, Ueli (Hg): Arbeit ohne Knechtschaft. Zürich, 56–75

Josephy, Martin 2006: Stadtentwicklung: Akzeptanz oder Aversion? Anmerkungen zur Diskussion über aktuelle Bauprojekte in der Stadt. In: Basler Stadtbuch 2006. Basel, 193–197

Konstantinidis, Julia, 2012: Himmelstürmende Pharmabauten. In: Basler Stadtbuch 2012. Basel, 127–130

Lefèbvre, Henri, 1973 [1968]: Le droit à la ville. Paris. Deutsch: Das Recht auf Stadt. Hamburg 2016

Leutwiler, Fritz/Schmidheiny, Stefan (Hg.), 1991: Schweizerische Wirtschaftspolitik im internationalen Wettbewerb. Ein ordnungspolitisches Programm. Zürich/Wiesbaden

Magnago Lampugnani, Vittorio, 2009: Der Masterplan: Baustruktur, Funktion und Identität. In: Novartis International AG/Magnago Lampugnani, Vittorio (Hg.): Novartis Campus. Ostfildern, 58–77

Majchrzak, Kamil, 2007: Globalisierung im Taschenformat. In: Basler Stadtbuch 2007. Basel, 196–197

Marcolli, Patrick, 2010: Wer entwickelt eigentlich die Stadt? PPP überall, Stadtentwicklung als permanente Public Private Partnership. In: Basler Stadtbuch 2010. Basel, 50–61

Metrobasel, 2006: Die Vision 2020. Report. Basel

Metrobasel, 2009: Basel: Perspektiven 2020. Schlüsselbranchen der Metropolitanregion. Basel

Morawski, Tobias, 2014: Reclaim your City, Urbane Protestbewegungen am Beispiel Berlins. Herausgegeben von Pappsatt Medien-Kollektiv. Hamburg

MultiWatch, 2015: Schwarzbuch Syngenta. Dem Basler Agrarmulti auf der Spur. Zürich

MVRDV/Cabane, Philippe/Josephy, Martine, 2011: 3Land. Entwicklungsvision/Vision de développement. Basel-Stadt. Ville de Huningue. Stadt Weil am Rhein. Basel. www.hafen-stadt.ch/fileadmin/user_upload/110404_Entwicklungsvision_3LAND.pdf (Abfrage 10.10.2016)

Parma, Victor/Vontobel, Werner, 2009: Schurkenstaat Schweiz? Steuerflucht: Wie sich der grösste Bankenstaat der Welt korrumpiert und andere Länder destabilisiert. München

Regierungsrat Basel-Stadt, 2005: Politikplan 2005–2008. Basel

Regierungsrat Basel-Stadt, 2013: Legislaturplan 2013–2017. Basel

Richter, Tilo, 2014: 178 Meter jenseits der Stadt. In: Basler Stadtbuch 2014, Basel, 115–119

Sassen, Saskia, 2001: The Global City. New York, London, Tokyo. New York

Schäppi, Hans, 1991: Der Angriff der neoliberalen Wirtschaftspolitik. Bemerkungen zu den neuen Programmschriften für die schweizerische Wirtschaftspolitik von Leutwiler, Schmidheiny, Borner u. a. In: Widerspruch, Heft 22, 147–154

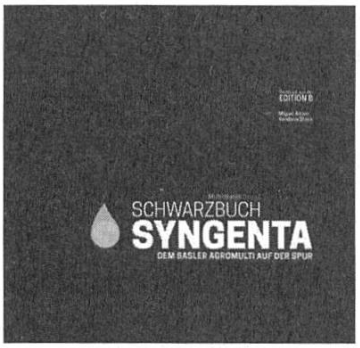
Simon, Christian, 2000: Chemiestadt Basel. In: Basel, Geschichte einer städtischen Gesellschaft. Basel

Vasella, Daniel, 2009: Vorwort. In: Novartis International AG/Magnago Lampugnani, Vittorio (Hg.): Novartis Campus. Ostfildern, 8–9

Wamister, Christoph, 2010: Ballenberg für Beamte oder Big Pharma. In: Basler Stadtbuch 2010, 40–45

Weiss, Helen, 2015: Rheinuferweg bis nach Frankreich. In: Basler Stadtbuch 2015. Basel, 112–114

Zeller, Christian, 2010: The Pharma-Biotech Complex and Interconnected Regional Innovation Arenas. In: Urban Studies, 47/13, 2867–2894



Kritik an der kapitalistisch-industriellen Landwirtschaft

MultiWatch (Hrsg.): **Schwarzbuch Syngenta.**
Dem Basler Agromulti auf der Spur.
320 Seiten, Broschur, Fr. 29.–,
ISBN 978-3-85990-283-1

Der Basler Agromulti Syngenta ist der grösste Pestizid- und drittgrösste Saatguthersteller weltweit. MultiWatch zeichnet ein Porträt des Konzerns und seines Versuchs, die kapitalistische industrielle Landwirtschaft als alleiniges Zukunftsmodell und Absatzmarkt für die konzerneigene Agrogentechnik und Agrochemie zu fördern. Das Schwarzbuch zeigt, wie sich Syngentas Produkte und Politik rund um die Welt auf die Biodiversität und die kleinbäuerliche Landwirtschaft auswirken. Syngentas Bemühen, Patente auf Nutzpflanzen zu erlangen, wird als ein Aspekt der neoliberalen Akkumulation durch Enteignung analysiert. Fallbeispiele aus Brasilien und Paraguay zeigen, dass letztere durchaus auch in offene Gewalt umschlagen kann. Das Schwarzbuch Syngenta enthält Gastbeiträge von Vandana Shiva, Miguel Altieri, Elizabeth Bravo, Martin Forter, Florianne Koechlin, Markus Spörndli, Marianne Spiller, Greenpeace Schweiz, kriPo kritische Politik an den Hochschulen Zürichs, Foundation of Agrarian Studies, Brot für Alle, Erklärung von Bern, Schweizer Allianz Gentechfrei, Longo Mai und Solifonds.

www.edition8.ch

edition 8